

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Migration und Teilhabe**

**Ulrich Watermann, MdL**

zu TOP Nr. 14

Erste Beratung

**Die unzureichende Abschiebepolitik endlich korrigieren,  
Vollzugsdefizite abbauen und ein professionelles  
Rückführungsmanagement durch Schaffung einer  
zentralen Landesausländerbehörde etablieren!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/2448

während der Plenarsitzung vom 11.10.2023  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu dem Inhalt des Antrags habe ich mich schon heute Morgen eingelassen. Und weil ich dort alles gesagt habe, was dazu zu sagen ist, spare ich mir jetzt weitere Ausführungen in Richtung der Antragsteller. Aber zu dem Beitrag des Kollegen Bock möchte ich doch noch gerne etwas sagen.

Worüber wir hier reden, ist ein Buch mit mehreren Seiten, und wir müssen jede Seite vernünftig betrachten.

Zum einen gibt es diejenigen, deren Asylantrag bewilligt worden ist. Bei denen müssen wir alles dafür tun, dass sie, falls noch nicht geschehen, so schnell wie möglich qualifiziert und für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden.

Dann gibt es diejenigen, die geduldet sind. Bei ihnen muss man sich genau angucken, welche Gründe uns daran hindern, sie zurückzuführen. Da gibt es ganz viel, was man berücksichtigen muss. Das ist nicht mal eben mit einem Federstrich zu erledigen.

Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, dass viele Menschen kommen, in deren Herkunftsländern die Situation aus unterschiedlichsten Gründen dramatisch ist. Eine solch große Zahl aufzunehmen, können wir nicht auf Dauer bewerkstelligen; das ist jedem klar. Aber da können wir mit Landespolitik leider Gottes nicht viel bewegen, sondern das geht nur über Europa und den Bund. Ich habe große Zweifel, ob Europa das wirklich gemeinsam und solidarisch macht. Aber das wäre die dringende Voraussetzung. Alle Länder Europas müssen ein Interesse daran haben, von dieser Situation wegzukommen.

Nun wiederhole ich doch das, was ich heute Morgen gesagt habe: Wir werden uns aufeinander zubewegen müssen - dass ich auf Sie zukomme, da können Sie sicher sein -, und zwar auch dann, wenn es um Liegenschaften geht, die für Landeseinrichtungen infrage kommen. Die liegen in Städten und Landkreisen, und dort sind Kommunale verantwortlich. Die müssen mittragen, dass es solche Landeseinrichtungen geben muss, und dürfen sie nicht aus ihrer kommunalen Sicht heraus verhindern.

Sie wissen - der Kollege Lechner weiß das auch -, dass das kein ganz so einfaches Geschäft ist, sondern dass das oft hochgradig kompliziert ist. Denn wenn man vor Ort ist, sieht man die Welt mit anderen Augen. Ich möchte Sie auffordern, gemeinsam mit uns Wege zu finden, wie wir die Ausländerbehörden in ihren komplizierten rechtlichen Geschichten unterstützen können, wie wir die Verzahnung der Ausländerbehörden mit den Jobcentern hinbekommen und wie wir dann, wenn zurückgeführt werden muss, das so organisieren, dass es auch

funktioniert. Denn es nützt ja nichts, wenn die, die zurückgeführt werden sollen, im Flieger randalieren und der Flieger dann auf dem Boden bleiben muss. Aus diesem Grunde sage ich ganz deutlich: Ja, wir werden das annehmen. Aber es wird kein einfacher Weg sein, und wir werden es dann auch zusammen aushalten müssen, wenn dabei Dinge passieren, die nicht so schön sind - eben, weil das Thema sehr komplex ist.

Und ganz wesentlich ist auch, dass wir mit einer vernünftigen Politik dafür sorgen, dass den Herkunftsländern, in denen Armut herrscht und die Not groß ist, geholfen wird. Davon ist die Welt insgesamt noch ein ganzes Stück entfernt. Aber auch hier gilt: Wir dürfen nicht immer nur reden, sondern wir müssen gelegentlich auch mal machen!

Wenn es um das Einfach-mal-Machen geht, haben Sie mich an Ihrer Seite. Aber das bedeutet, dass man das zu Hause dann auch aushalten muss. Ich halte das aus. Ich bin robust in solchen Dingen, und ich hoffe, dass Sie das auch sind.